

Pressemitteilung

Man kann nicht Allen alles versprechen Lorscher SPD fordert Erbschafts- und Vermögenssteuer

Ungeschminkt berichtete die Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht, was zur Zeit in Deutschland berichtet wird und woran die SPD angeblich krankt. Dabei machte sie aber auch unverblümt deutlich, dass viele der von der Bevölkerung beanstandeten Dinge (10 Euro Praxisgebühr) gemeinsam mit der CDU/CSU als Kompromiss gemacht worden seien. Die Schläge dafür bekomme jetzt aber die SPD, nicht einmal die Grünen, die mit in der Regierung säßen. Man solle sich auch nichts vor machen. Wenn die CDU ans Ruder komme, werde alles noch viel schlimmer. Das müssten sich alle vor Augen halten, die derzeit auf die Sozialdemokraten schimpften, auch die eigenen Genossen. „Zu der sozialdemokratischen Reformpolitik gibt es keine Alternative. Man kann nicht Allen alles versprechen.“

Christine Lambrecht nannte die Ausbildungsplatzabgabe, ein seither freiwilliges Bündnis zwischen Industrie und Politik. Es funktioniere nicht. Die SPD wolle jetzt die Ausbildungsplatzabgabe einführen. Der Kanzler wolle das nicht. Die Lorscher hielten ihr vor, dass dieses System in der Bauindustrie aufgrund eines Tarifvertrages sehr gut funktioniere. Die Neuregelung der Erbschaftssteuer sei vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben. Hier wolle die SPD nur wirklich große Vermögen entsprechend besteuern. „Es geht nicht um das Häuschen von der Oma,“ versicherte die Bundestagsabgeordnete, auch wenn die Gegner dieser Steuer damit immer Angst schürten. Ein Teilnehmer erinnerte an den Spruch des Grafikers Klaus Staeck: „Arbeiter, die SPD will Euch Eure Villen im Tessin wegnehmen.“ Ein langfristig gerechtes und funktionierendes Gesundheitssystem müsse her. Die Bürgerversicherung, wo jeder nach seinem Vermögen und Einkommen bezahle, sei gerechter als die Kopfpauschale der CDU, wo Arme und Reiche das Gleiche bezahlen müssten.

Hier fand Christine Lambrecht die Unterstützung der Lorscher Sozialdemokraten. Sie lehnten die von der CDU geforderte Einschränkung des Kündigungsrechts ab und die neoliberale Steuerreform dieser Partei. Einverstanden waren sie auch mit der Forderung, dass es in Sachen Rente eine Balance geben müsse zwischen Alt und Jung. Das sei ein Drahtseilakt, weil man den schon vorhandenen Rentnern nicht dauernd in die Tasche greifen dürfe. Christine Lambrecht zeigte auf, dass die SPD ein Grundsicherungsgesetz eingeführt habe, das Rentnern den Gang zum Sozialamt erspare. Die Sozialkassen seien von der Regierung Kohl im Zuge der Wiedervereinigung geplündert worden, gab man der Abgeordneten mit. Jetzt müsse die gesamte Bevölkerung dafür bluten. Einsparungen beim größten Teil der Bevölkerung seien nur zu akzeptieren, so die Lorscher, wenn auch Großverdiener bezahlen müssten. Sie erinnerten hier an einen alten Spontispruch: „Millionen zahlen Steuern, warum nicht auch Millionäre?“

In einer Abstimmung votierten die SPD-Mitglieder für eine gerechte Erbschaftssteuer und für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Eine Vermögenssteuer sei ohne den Bundesrat nicht zu machen. Und da der nicht mit mache, sei es nur ein Schaufenstergesetz, das deshalb abzulehnen sei, erklärte Christine Lambrecht. Da biss sie bei den Lorschern aber auf Granit. Dann solle die SPD das Gesetz in den Bundestag einbringen und dann laut verkünden, wer verhindert, dass auch wirklich Reiche und große Unternehmen Vermögenssteuer bezahlen sollen.

../2

Die Glaubwürdigkeit der SPD hänge nicht von den Reichen dieser Republik ab, sondern von den kleinen Leuten. Und die wollten endlich sehen, dass die SPD wenigstens versuche, auch den Großen etwas abzunehmen, um den Sozialstaat zwar nicht zu retten, die Finanzierung aber menschlicher zu gestalten. Immerhin stehe im Grundgesetz etwas von sozial verpflichtendem Eigentum. Es ging hoch her in der Diskussion. Dabei kam auch zur Sprache, dass zur Zeit unter dem Deckmantel der Globalisierung nackter Kapitalismus betrieben werde.

Egal was die Regierung Kohl oder die Regierung Schröder bisher der Industrie versprochen und für sie gemacht habe, um angeblich Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Nichts habe die Industrie gehalten. Es seien immer mehr Arbeitslose geworden und die Zahl steige ständig. Es sei erschreckend, zu sehen, dass der Wert einer Aktie steige, je mehr Menschen entlassen würden. Christine Lambrecht musste zugeben, dass ein Staat heutzutage nur wenig Handlungsmöglichkeiten habe gegenüber weltweit agierenden Großkonzernen.